

Antrag an den Gewerkschaftstag der GEW-Bremen vom 09. bis 10. November 2011**Antrag: Stundenkürzungen zurücknehmen**

Antragsteller: Stadtverband Bremen

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der Gewerkschaftstag der GEW Bremen vom 09./10. 2011 fordert die Senatorin für Bildung auf:

- **die Stundenkürzungen in den Gymnasialen Oberstufen zurückzunehmen,**
- **die Stundenzuweisungen an den pädagogischen Bedarfen zu orientieren,**
- **den Berechnungsfaktor pro SchülerIn nicht zu kürzen, sondern zu erhöhen,**
- **den Schulen zu ermöglichen, die E-Phase so zu gestalten, dass die Wahlfreiheit in der Profileroberstufe erhalten bleibt und eine Vorbereitung auf die Profile in der Qualifikationsphase auch für Fächer erfolgen kann, die nicht zu den sogenannten „Kernfächern“ gehören.**

Begründung:

Die kurz vor den Sommerferien angekündigten Stundenkürzungen in den bremischen Oberstufen wurden zum Auslöser der seit Schuljahresbeginn andauernden SchülerInnenproteste und der Gründung des Bremer Bündnisses für Bildung. Das Bündnis aus SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen kritisiert die strukturelle Unterfinanzierung des Bildungswesens und fordert eine Erhöhung der Bildungsausgaben. Die Stundenkürzungen schränken die Wahlmöglichkeiten und die Angebotsvielfalt in der Oberstufe ein und erhöhen die Kursfrequenzen. Die eingeschlagene Politik bedeutet eine Verkürzung der gymnasialen Oberstufe auf zwei Jahre. Die Wahlfreiheit der SchülerInnen wird beschränkt, da Fächer wie Informatik, Wirtschaft, Philosophie, Kunst, Pädagogik, Geografie etc. gar nicht oder höchstens zweistündig in der E-Phase unterrichtet werden können. Im Unterschied zur bisherigen Praxis kommt es zudem zu einer Ungleichbehandlung der Fächer: Fächer, die nicht als „Kernfächer“ (Deutsch, Englisch und Mathematik) behandelt werden, können in der E-Phase höchstens dreistündig unterrichtet werden. Leistungskurse (mit dem entsprechenden Stundenumfang von fünf Stunden) werden erst in der Qualifizierungsphase eingerichtet. Damit verabschiedet sich die Politik auch in Bremen endgültig von einem Grundgedanken der reformierten Oberstufe. Verschärft wird die Situation durch die in den letzten Jahren neu entstandenen „kleinen“ Oberstufen, vor deren Einrichtung die GEW, KgyO und andere Verbände immer gewarnt hatten.

Die seit 2009 bestehende Auflage die Einführungsphase im Klassenverband zu organisieren ist verbunden mit einer Umstellung der Lehrer-Stundenzuweisung, die nicht mehr pro Kopf, wie bisher, sondern pro Klassenverband erfolgt. In der aktuellen Planung dürfen die Klassenverbände keinen Bezug zu den späteren Profilkursen haben, d.h. die Profileroberstufe wird auf zwei Jahre verkürzt. Obwohl doch in der E-Phase auf die Profile in der Q-Phase vorbereitet werden soll. Außerdem bedeutet dies für viele SchülerInnen einen mehrfachen Lehrer- und Fächerwechsel von Klasse 9 bzw. 10 in die E-Phase und erneut in der Q-Phase. Den pädagogischen Sinn dieser Veränderung hat die Behörde bisher nicht begründen können.

Gleichzeitig erhöht sich für viele Lehrkräfte die Arbeitsbelastung, denn sie müssen in ihrem Fach wahrscheinlich zukünftig mehr Kurse unterrichten, z.B. statt zwei dreistündigen Kursen drei zweistündige. Damit verschlechtert sich angesichts der erhöhten SchülerInnenzahlen auch die Qualität der Betreuung und die Korrekturbelastung steigt. Die Lehrer-Stundenzuweisung für die Qualifizierungsphase wird an die tatsächlich vorhandenen SchülerInnenzahlen angepasst. Das klingt zunächst einleuchtend und angemessen, bedeutet in der Praxis allerdings wegen der strukturellen Unterfinanzierung der Schulen, z.B. dass die Schulen kaum noch Spielräume haben, auch Kurse für weniger angewählte Fächer einzurichten. Regionale Kurse mit z.T. langen Anfahrtswegen für die SchülerInnen und stundenplantechnisch nur in den späten Nachmittagsstunden zu organisieren sind die Folge. Das heißt, das Fächerangebot und damit die Wahlmöglichkeiten der SchülerInnen werden deutlich eingeschränkt. Längerfristig sind besonders die Oberstufen von den Streichungen betroffen, die viele SchülerInnen mit Migrationshintergrund und oder mit einem guten Realschulabschluss aufnehmen. Unter diesen ist die Zahl der „Abbrecher“ höher als an traditionellen Gymnasien. Auch weil den Schulen Förderstunden fehlen, die soziale Benachteiligungen ausgleichen könnten.

Die Stelleneinsparungen, die mit diesen Maßnahmen erreicht werden sollen (ca. 22 Stellen), stehen in keinem Verhältnis zu dem Schaden, der an der Qualität der gymnasialen Oberstufen in Bremen angerichtet wird!